

# „Bei der Pflege ist es nicht fünf vor, sondern kurz nach zwölf“

Bernhard Seidenath (CSU) bezeichnete Bayern mit seinen rund 400 Krankenhäusern und sechs Universitätsklinikern als „Gesundheitsland“. Aber natürlich gebe es gerade nach der Corona-Krise Verbesserungspotenzial. Konkret nannte er den Fachkräftemangel, die Lieferschwierigkeiten bei Medikamenten und die langsame Umsetzung der Digitalisierung. Deswegen forderte Seidenath mehr Hilfen von der Bundesregierung, eine Reform der Krankenversicherung, Arznei-Lieferketten wieder ins Inland zurückzuholen und die einrichtungsbezogene Impfpflicht abzuschaffen.

Reformen wünschte sich auch Andreas Krahl (Grüne). Er wies darauf hin, dass sich 70 Prozent der



Die Grünen machen sich für eine Pflegeplatzgarantie stark. DPA/KALAENE

Menschen in Bayern selbst um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern würden. Daher brauche es dringend eine Erhöhung des Landespflegegelds. Zusätzlich müsste endlich die im Wahlkampf 2018 versprochene Pflegeplatzgarantie umgesetzt werden. Nötig seien auch ein Meisterbonus für Fachkräfte, der Ausbau der Akademisierung in der Pflege und eine Pflegekammer.

Der Abgeordnete und Pflegebeauftragte der Staatsregierung, Peter Bauer (Freie Wähler), betonte, dass eine Pflegeplatzgarantie kein Teil

des Koalitionsvertrags gewesen sein. Aber ja: „In der Pflege ist es nicht fünf vor, sondern fünf nach zwölf Uhr.“ Dies sei kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Er setze sich aus diesem Grund für flexiblere Arbeitszeiten, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Anwerbung von ausländischen Fachkräften, ein soziales Pflichtjahr sowie ein besseres Wiedereinstiegsprogramm nach der Elternzeit ein.

Roland Magerl (AfD) wunderte sich über das Thema der Aktuellen Stunde. Seine Fraktion habe in der Vergangenheit viele Vorschläge zu dieser Thematik gemacht – alle vergebens. Magerl sprach sich dafür aus, mehr Anreize zu schaffen, sich für den Pflegeberuf zu entscheiden, die Dokumentationspflicht zu entschlacken, die Akademisierung zurückzufahren, die einrichtungsbezogene Impfpflicht zu beenden und die „Zombie-Vereinigung“ der Pflegenden in Bayern abzuschaffen.

„Die Pflege in Bayern ist in Not“, kritisierte Ruth Waldmann (SPD). Aber von der Staatsregierung höre sie nur Eigenlob. Die Abgeordnete monierte, dass immer nur auf die Bundesregierung geschimpft werde, anstatt die Probleme im Freistaat selbst zu lösen. Waldmann verlangte, die Tarifbindung für Pflegekräfte nicht aufzuweichen, die Berufsanerkennung für ausländische Fachkräfte zu vereinfachen und sich in Zukunft insbesondere um die raren Kinderpflegefachkräfte zu bemühen.

Auch die FDP-Fraktion regte sich über die Angriffe auf die Bundesregierung auf. Laut Dominik Spitzer (FDP) braucht es eine Reform beim Landespflegegeld, bei Krankenhäusern, Studienplätzen, der Corona-Isolationspflicht, der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und der Landarztquote.

> DAVID LOHMANN